

Datum: 15.11.2004

Info Nr.: 090

Städte- und Gemeindebund diskutierte mit Landespolitikern:

Unterfinanzierung der Gemeinden bedroht die Zukunft Sachsen-Anhalts

Denkschrift zur Selbstverwaltung weist den Weg

Burg/Magdeburg.- „Die anhaltende Unterfinanzierung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt ist nicht nur für die betroffenen Gemeinden eine große Gefahr, sie stellt die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt in Frage,“ betonte die Erste Vizepräsidentin des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, Halles Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler, am Montag in Burg vor der Mitgliederversammlung des Verbandes. In Ihrer Einführungsrede zur Diskussion mit Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und den Fraktionsvorsitzenden der vier Landtagsparteien forderte Häußler das Land zu einer „nachhaltigen Stärkung der Gemeinden“ auf.

Der überwiegende Teil der Gemeinden Sachsen-Anhalts könne heute bereits viele Förderprogramme des Bundes nicht mehr einsetzen, weil die kommunalen Eigenanteile nicht mehr darzustellen seien. Viele Gemeinden befänden sich in der Haushaltskonsolidierung und hätten keine Chance mehr, neue Investitionsprojekte zu beginnen. Verzicht

auf und Einschränkung von öffentlichen Leistungen müssten zu einem vorrangigen Thema der Politik werden, betonte Häußler. Es nutze nichts, nur an den Symptomen zu kurieren, ohne sich mit den Ursachen der kommunalen Krise auseinanderzusetzen. Es gehe auch nicht an, weiter Gesetze und Verordnungen zu entwickeln, die den Gemeinden vielmehr kosteten, als Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden.

„Wir müssen gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um aus der drohenden Abwärts-Spirale herauszukommen,“ appellierte Ingrid Häußler an die Landespolitiker. Der Städte- und Gemeindebund habe sich gegenüber der Landesregierung immer als verlässlicher Partner für die Entwicklung des Landes verstanden. Deshalb sei es unverständlich, das der Verband konstatieren müsse, in vielen Fragen nur unzureichend gehört zu werden. „Wir brauchen eine Zukunftsoffensive für Sachsen-Anhalt,“ forderte Häußler. „Dazu gehört, dass wir gemeinsam alles daran setzen, unsere Land zu ertüchtigen, die Strukturen zukunftsfähig zu machen und eine gerechte Verteilung der wenigen Geldmittel für die öffentlichen Hände des Landes sicherzustellen.“